Keine schöne Notlösung

Aus Personalmangel endet der Unterricht an der Förderschule am Knieberg schon um 13.30 Uhr

VON MEIKE RICHTER

Lüneburg. Verzweifelt ist wohl das Wort, das die Eltern am besten umschreibt, deren Kinder die Förderschule am Knieberg besuchen. Nicht etwa, weil die Förderschule mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung an sich schlecht ist, sondern die Unterrichtsbedingungen durch die angespannte Personalsituation – wegen unbesetzter Stellen sowie langfristiger Erkrankungen unter Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Jetzt spitzt sich die Lage noch mehr zu: Ab Montag, 28. September, endet der Schultag für alle Klassen von eins bis zwölf bereits um 13.30 Uhr. Das teilte Schulleiter Torsten Jahn den Eltern schriftlich mit. „Wir verkürzen den Unterricht ab kommender Woche für alle Klassen um eine Stunde", heißt es darin.

Eltern erläutern Kultusministerin Julia Willie Hamburg ihre Sorgen über die Personalnot an der Förderschule am Knieberg. *Foto: sst*

Notbetreuung, aber kein Bustransport

Für viele Familien ist das ein schwerer Einschnitt. „Das ist eine Katastrophe für alle Eltern", sagt Helena Ninković-Bockelmann, die einen Sohn an der Schule hat. Viele müssten die Betreuung ihrer Kinder, Pflege, Therapien und ihren Beruf organisieren. „Die Zustände sind unhaltbar. Und vor allem: Unsere Kinder haben ein Recht auf Bildung."

Zwar gebe es eine Notbetreuung in Form eines fachpädagogischen Angebots bis 14.15 Uhr, aber dafür keinen Bustransport, Eltern müssen ihre Kinder eigenständig abholen.

Klassen wurden bereits zusammengelegt

Schon vor den Sommerferien hatten Eltern die personelle Lage an der Förderschule kritisiert (LZ berichtete). Betroffen waren damals insbesondere die jetzigen siebten Klassen. Ursprünglich sei eine Klasse mit sechs sowie zwei Klassen mit je sieben Schülerinnen und Schülern vorgesehen gewesen. Wegen fehlender Lehrkräfte wurden daraus zwei Klassen mit jeweils zehn Kindern.

Das überschreite die vorgesehene Klassengröße deutlich, kritisierte Vater Jan Müggenburg. „Die maximal vorgesehene Klassengröße von sieben Schülerinnen und Schülern pro Klasse wird künftig mit zehn Kindern pro Klasse um 40 Prozent überschritten." Gerade an einer Förderschule mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung seien kleine Gruppen und eine verlässliche personelle Begleitung aus Sicht der Eltern besonders wichtig.

Eltern sprechen mit Kultusministerin

Als Niedersachsens Kultusministerin Julia Willie Hamburg kürzlich in Lüneburg war, suchten Eltern in der Bäckerstraße das Gespräch mit ihr. Die Situation sei längst nicht mehr nur angespannt, sagt Ninković-Bockelmann zu der Ministerin. „Die Lage ist mehr als akut." Eltern berichteten, dass Lehrkräfte unter den gegenwärtigen Bedingungen ihrer Aufsichtspflicht kaum ausreichend nachkommen könnten. „Unsere Kinder werden nicht unterrichtet", sagt Ninković-Bockelmann. „Sie haben die gleichen Rechte auf Bildung, werden aber systematisch diskriminiert und benachteiligt."

Auch an das Kultusministerium hatten sich die Eltern bereits gewandt. Dieses verweist auf den grundsätzlichen Mangel an sonderpädagogischen Lehrkräften. „Die Lehrkräfteversorgung an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen stellt derzeit nicht nur in Niedersachsen, sondern bundesweit eine besondere Herausforderung dar", heißt es in der Antwort. Besonders schwierig sei es, grundständig ausgebildete Lehrkräfte zu gewinnen – auch für das Lehramt für Sonderpädagogik.

Nicht ausreichend Personal?

Die Engpässe zeigten sich nach Darstellung des Ministeriums in Stadt und Landkreis Lüneburg. Die regional verfügbaren personellen Ressourcen reichten derzeit weder aus, um die beiden Förderschulen mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung vollständig zu versorgen, noch um alle sonderpädagogischen Unterstützungsbedarfe in inklusiven Schulen abzudecken. Das Regionale Landesamt für Schule und Bildung Lüneburg müsse die vorhandenen Kräfte deshalb „im Interesse aller Schülerinnen und Schüler innerhalb der Stadt und des Landkreises" einsetzen.

Diese Erklärung überzeugt die Eltern nicht. Eine Stelle sei an die Förderschule am Knieberg gegangen, die Lehrkraft muss aber erst drei Jahre in Bleckede arbeiten, bevor sie an den Knieberg kommt, heißt es aus der Elternschaft. Auch die Begründung, es gebe keine Bewerberinnen und Bewerber, sei aus ihrer Sicht nicht haltbar. Mindestens zwei Personen seien ihnen namentlich bekannt, die sich an der Schule bewerben wollten. Auch Schulleiter Torsten Jahn bestätigt: „Es gibt Bewerberinnen und Bewerber. Uns erreichen wiederholt Anfragen interessierter Lehrkräfte." Weil der Schule jedoch keine Stellen zugewiesen seien, könne er diese Personen nicht einstellen.

Quote zeigt nicht die aktuelle Situation

Auf dem Papier sieht die Zahl der offiziellen Unterrichtsversorgung gut aus, sie liegt laut amtlicher Schulstatistik zum Stichtag 28. August 2025 bei 92 Prozent. „Allerdings gibt es noch keine geprüfte Statistik für dieses Jahr", wirft Schulleiter Torsten Jahn ein, der die Verzweiflung vieler Eltern nachvollziehen kann. „Die krankheitsbedingten Ausfälle sind noch nicht in der Quote enthalten, zudem mangelt es an pädagogischen Mitarbeitern." Erschwerend komme hinzu, dass die Förderschule auf insgesamt zehn Standorte verteilt sei. Das Hauptgebäude am Knieberg sei zu klein, um Unterrichtsausfälle an anderen Standorten kurzfristig aufzufangen.

Derzeit besuchen 206 Mädchen und Jungen die Förderschule in den Klassen eins bis zwölf. Darunter seien Kinder und Jugendliche, die zum Teil schwerstbehindert sind und eine intensive Betreuung benötigen. „Für diese Kinder ist Kontinuität besonders wichtig", sagt Jahn. „Sie brauchen langfristige Vertrauenspersonen."

Eltern weisen auf Recht auf Bildung hin

Die Situation berührt damit auch eine grundsätzliche Frage: das Recht auf Bildung und Teilhabe. Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention erkennt das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung an. Sie sollen gleichberechtigten Zugang zu einem einbeziehenden, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht erhalten.

Für die Eltern am Knieberg geht es derzeit vor allem um eins: um eine rasche Verbesserung der Personalsituation und darum, dass ihre Kinder die gleichen Rechte auf Bildung und Teilhabe erhalten wie andere.